

„Zur Person“ stellen wir Ihnen Bodo Quart vor, Urvertrauen und Optimismus zeichnen ihn aus, auch gegenüber der Partei, deren Mitglied er seit mehr als 50 Jahren ist **Seite 2**
Petra Pau (MdB): Der Arme muss um Gnade betteln **Seite 2**

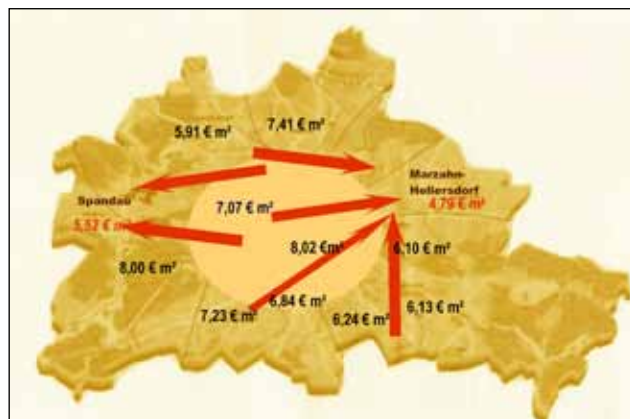
Kräuterwanderung unter dem Motto „Natur vor der Haustür“ / Frauenpolitisches aus Land und Bezirk - Mitmacherinnen gesucht **Seite 3**
Aktuelles aus dem Bezirksvorstand / BVV / Kommunalpolitik / Was „läuft“ da eigentlich mit dem Berliner Wasser? **Seite 4**

Interessante Themen in der Politischen Bildung **Seite 6**
Marzahn-Hellersdorfer Linksjugend aktiv beim Protest gegen Werbung der Bundeswehr an Schulen **Seite 7**
Veranstaltungstipps und Termine im Überblick auf **Seite 8**

Ziehen Sie doch in die Randbezirke ...

... hören Mieterinnen und Mieter in den Innenstadtbezirken, wenn sie ihre wieder mal gestiegene Miete nicht mehr bezahlen können. Mit Randbezirken sind vor allem Marzahn-Hellersdorf und Spandau gemeint.

In allen Berliner Bezirken sind die Mieten im Vergleich zu 2010 in unterschiedlichem Maße gestiegen. Lag die durchschnittliche Miete



... drohende Verdrängung aus dem Stadtinneren ...

(pro m²) in Marzahn-Hellersdorf Anfang 2012 bei 4,79 € und der Berliner Durchschnitt bei 6,59 €, so waren die durchschnittlichen Mieten am höchsten in Charlottenburg-Wilmersdorf mit 8 € und Friedrichshain-Kreuzberg mit 8,02 €. Die höchsten Mieten überhaupt gab es mit 15 € pro m² in Mitte. Marzahn-Hellersdorf hatte im unteren (3,63 €), mittleren (4,01-6,53 €) und oberen Marktsegment (7,12 €) die geringsten Durchschnittswerte. Noch wehren sich BewohnerInnen - wie am „Kotti“ - gemeinsam gegen drohende Mietsteigerungen. Doch die Verdrängung aus den Innenstadtbezirken und darüber hinaus ist

im Gange. Marzahn-Hellersdorf verzeichnet einen verstärkten Zuzug sozial Benachteiligter, z.B. wanderten innerhalb eines Jahres ca. 300 Bedarfsgemeinschaften zu. Der SPD-CDU-Senat weigert sich, von Wohnungsnot in Berlin zu sprechen, und will von staatlichen Wohnungsbauförderprogrammen nichts wissen. Immerhin unterzeichnete Senator Michael Müller am 3. September 2012 ein „Bündnis für soziale Wohnungspolitik und bezahlbare Mieten“ mit den sechs städtischen Wohnungsunternehmen. Begrüßenswert, wenn die Maßnahmen zur Dämpfung von Mietsteigerungen beitragen könnten. Ein generelles Problem dabei ist die Tatsache, dass den städtischen WBG in Berlin lediglich 14,1 % des Wohnungsbestandes (in Marzahn-Hellersdorf sind es noch 25,3 %) gehören. Mit der Vertragsunterzeichnung ist andererseits auch die Aufhebung des Mietstopps für 60.000 Wohnungen verbunden. Nicht berücksichtigt sind auch die Auswirkungen der anstehenden energetischen Sanierungen und ständig steigenden Kosten für Gas und Strom.

DIE LINKE fordert ein umfassendes Konzept für einen sozialen Wohnungsbau, das neben den städtischen auch die genossenschaftlichen und privaten Wohnungsunternehmen umfassen, die bestehenden Mieterrechte stärken und öffentliche Mittel für sozialen Wohnungsbau beinhalten muss.

Renate Schilling, Frank Beiersdorff

Bundesweiter Protest „Umfairteilen“ - Marzahn-Hellersdorfer in Berlin aktiv dabei

„Frau Bundeskanzlerin, halten Sie Wort!“, prangte von einem 14 m langen Transparent, das LINKE aus Parteivorstand und Bundestagsfraktion am 1. Oktober vor dem Bundeskanzleramt entrollt haben.

In ihrem Koalitionsvertrag hatte die Bundesregierung versprochen, die Renten im Osten des Landes endlich auf West-Niveau anzuheben. Jetzt hat ausgerechnet der Ost-Beauftragte der Regierung diesem Versprechen eine Absage erteilt. Zunehmend mehr Menschen blicken Altersarmut entgegen, weil das Rentenniveau immer weiter abgesenkt wird und die Löhne bei weitem nicht ausreichen, um das wettzumachen.

„Frau Merkel, Sie begehen Rentenbetrug“, rief die Parteivorsitzende Katja Kipping aus und Bernd Riexinger, ihr Ko-Vorsitzender, kündigte einen „Aufstand der Grauhaarigen“ an. Das Thema Ostrenten wird gewiss Wahlkampf-Thema und auch der heute im Osten Arbeitende wird bei seiner späteren Rente diesen Ost-West-Renten-Unterschied noch zu spüren bekommen.

Bereits am Samstag zuvor protestierten Tausende in Berlins Mitte, auch Marzahn-Hellersdorfer mit ihrer Forderung nach solidarischer Rentenversicherung und gesetzlichem Mindestlohn.

DIE LINKE. Berlin/MHI



Protest in vielen Städten Deutschlands am 29.9. - hier in Berlin, mit dabei Marzahn-Hellersdorfer. Foto: B. Walter

Petra Pau (MdB): Der Arme muss um Gnade betteln

„Wahnsinn“ war eine der beliebtesten Euphorie-Floskeln, als 1990 die Deutsche Einheit nahte. Nun ist sie 22 Jahre alt. In München läuteten am 3. Oktober turnusgemäß die Glocken. Feierlich ging es auch auf dem Staatsakt zu. Ich war dabei. „Viel vollbracht“, „noch manches vor uns“, „große Leistung der Ostdeutschen“, sie kennen diese Rede-Bausteine alle. Es sind nichts sagende, realitäts-ferne Stehsätze, Jahr für Jahr, zu Musik und Biermeile.

Zwei Wochen zuvor bekam der „Wahnsinn“, also der gesamtdeutsche, neue Nahrung. Das Bundesministerium für Arbeit hatte Mitte September 2012 den aktuellen Armuts-und-Reichtums-Bericht vorgelegt. Sein Fazit: Trotz aktueller Krise werden die Reichen immer reicher. Die Armen hingegen werden immer zahlreicher



Dagmar Pohle, Sozialstadträtin (re.), die moderierte, und Petra Pau, MdB, bei der Veranstaltung im Schloss mit Katja Kipping. Foto: Y. Rami

und der Staat rast in die Pleite. Das konnte man auch vormed wissen. Es ist offensichtlich. Aber immerhin, nun ist es amtlich.

Das mit den Armen und den Reichen hatte schon Bertolt Brecht pointiert:

„Armer Mann und reicher Mann,
standen da und sah'n sich an,
und der Arme sagte bleich:

Wär ich nicht arm, wärst du nicht reich!“

Selbst im Alten Testament war schon beschrieben, was nicht nur für „Hartz-IV“-Empfänger noch im 21. Jahrhundert gilt: „Der Reiche tut Unrecht und prahlt noch damit, der Arme leidet Unrecht und muss um Gnade bitten.“

Ein modernes Zitat sagt: „Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten.“

Gemeint ist der Sozialstaat. Doch der verarmt doppelt: am Geld und am Sinn. Er wird verarmt, seit Jahren, durch eine armselige Politik. Nein, ich rede jetzt nicht über die FDP. Sondern über andere „Hoffnungsträger“, die das für weise halten und gar zum Programm erheben. Noch ein Zitat gefällig? „Soziale Gerechtigkeit muss künftig heißen, eine Politik für jene zu machen, die etwas für die Zukunft unseres Landes tun: die lernen und sich qualifizieren, die arbeiten, die Kinder bekommen und erziehen, die etwas unternehmen und Arbeitsplätze schaffen, kurzum, die Leistung für sich und unsere Gesellschaft erbringen. Um die – und nur um sie – muss sich Politik kümmern.“ Ich weiß nicht, wie hoch das Honorar dafür war. Aber dieser politische Abgesang an soziale Gerechtigkeit wird Peer Steinbrück (SPD) zugeschrieben.

Rentenkonzept der LINKEN

Katja Kipping im Schloss Biesdorf, und der Konzertsaal war voll. LINKE und viele Gäste haben die junge Parteivorsitzende mit Sympathie aufgenommen, ihr zugehört, mit ihr geredet.

Am Tag der deutschen Einheit (!) widmete sich DIE LINKE in Marzahn-Hellersdorf einem Thema, das ganz und gar nicht für Einheit spricht: der Rentenungleichheit in Deutschland. Katja Kipping, Vorsitzende der Partei, stellte das Konzept „Eine Rente zum Leben – Die solidarische Rentenversicherung für einen sicheren Lebensstandard und gegen Armut im Alter“ vor. Letztere wird besonders Frauen betreffen, von denen schon heute viele auf die Grundsicherung im Alter angewiesen sind. Wie soll diesem „Teufelskreis“ entkommen werden? Niedrige Löhne, Mini- und Teilzeit-

jobs betreffen in der Mehrheit Frauen, was niedrigste Renten zur Folge hat. Dem möchte DIE LINKE mit ihrer Solidarischen Rentenversicherung begegnen, wohl wissend, dass man bei den Entgelten für die Arbeitenden beginnen muss!



Katja Kipping am 3.10. zu Gast im Schloss Biesdorf. Weit mehr als 100 am Thema „Rente“ Interessierte waren gekommen, und viele diskutierten mit. Foto: Y. Rami

Petra Pau, gerade von Einheitsfeierlichkeiten frisch aus München zurückgekehrt, wusste zu berichten, dass in den Reden auf der Einheitsfeier z.B. der bayerische Ministerpräsident den Ostdeutschen dafür Lob aussprach, dass sie viele Veränderungen klaglos hingenommen hätten.

Na, wenn uns das nicht zu denken geben sollte für Künftiges, nämlich sich stärker bemerkbar zu machen!

Yvette Rami

Zur Person: Bodo Quart - Optimist aus Erfahrung

Weit herum gekommen ist der Genosse Bodo Quart. Ein Buch könnte er schreiben über das Leben in drei deutschen Staaten, über seine Reisen als Reiseleiter nach Südafrika, Namibia, Vietnam und Kambodscha. Vor allem über die Begegnungen mit Menschen unterschiedlichster Sozialisierung.

Das ist es doch, was unser Leben reicher macht!

Wie der Alterspräsident der BVV Genosse

Horst Schubert, ist Bodo Quart eine Breslauer Lerge. Das Wort schlesischer Herkunft wurde irgendwann zum Spitznamen, zu einem Kose- wie auch Schimpfwort der gebürtigen Breslauer. 1938 geboren, erlebte er Umsiedlung und die Schrecken des Krieges, so den Feuersturm auf Dresden im Februar 1945. Aufgewachsen ist der Sohn einer Arbeiterfamilie elternlos in Salzwedel/Altmark.

Nach der Schule war er Lehrling, wie früher der Azubi hieß, bei der Deutschen Reichsbahn. Der Eisenbahn und dem Reisen blieb Bodo treu. Nach dem Studium an der Ingenieurschule für Eisenbahnwesen in Gotha war er elf Jahre als Lehrmeister und Berufsschullehrer im Dampfloswerk Meiningen tätig. Heute noch bekommt er auf Klassentreffen Feedback von ehemaligen Schülern.

In den 1970ern studierte er an der Humboldt-Universität Betriebspädagogik und war danach bis 1989 im ZK der SED als Politischer Mitarbeiter einer wirtschaftspolitischen Abteilung auf dem Gebiet der Berufsbildung tätig. Nach der Wende arbeitete Bodo Quart noch 13 Jahre als Zugschaffner beim Berliner Ostbahnhof. Kein Problem für den Hochquali-

fizierten. Durch seine soziale Herkunft hat er jede Form von Arbeit schätzen gelernt! Nach 50 Arbeitsjahren ist er inzwischen Altersrentner. Aber was heißt das schon? Sieben Enkelkinder von vier Kindern, seine Reiseleitertätigkeit und die Partei halten ihn auf Trab. In seinem langjährigen Domizil in Biesdorf leistet er gern Nachbarschaftshilfe von Mensch zu Mensch über Partei- und Religionsgrenzen hinweg. Das ist ihm wichtig!

Seine BO in Biesdorf zählt zu den kleinen.



Bodo Quart

Foto: privat

Das „Schmoren im eigenen Saft“ bedauert der Genosse schon. Viele Gedanken macht er sich. Einheit und Geschlossenheit, nicht Nebensächlichkeiten, machen das Bild einer Partei aus. Nach über einem halben Jahrhundert Parteimitgliedschaft stehen Erfahrungen und Erkenntnisse hinter diesem Satz. Noch haben wir keine revolutionäre Situation im Land, die Ent-

solidarisierung nach dem Ellenbogenprinzip geht weiter. Die Angst, dass die Rechten die Zuspitzung der sozialen Situation, die sich in den kommenden Jahren zweifellos vollziehen wird, das ausnutzen werden, kann auch er nicht verleugnen, denn „zu Schuldigen werden immer die Schwachen gemacht.“

„Unterschiede zwischen Ost und West wird es noch lange geben“, sagt Bodo. „Ein Zusammenwachsen von unten ist notwendig“, das gilt auch für die Partei, denkt sich die Autorin. Über vieles haben wir noch gesprochen, die Delegitimierung der DDR, Antikommunismus, die innerparteiliche Entwicklung. Mit seinem Urvertrauen in die Partei und als Optimist schaut Bodo in die Zukunft.

Sabine Behrens

„Die Natur vor unserer Haustür“

Kräuterwanderung durch die Weiherkette am 20. September 2012

Der letzte meiner diesjährigen „besonderen Stadtteilspaziergänge“ führte uns durch den östlichen Teil der Hönower Weiherkette. Insgesamt zwölf Teilnehmer schlossen sich der bewährten Führung durch Frau Troeder vom Freilandlabor Marzahn an. Das Freilandlabor bietet bereits seit 1994 „Entdeckungsreisen“ zu Tieren, Pflanzen und ökologischen Zusammenhängen „vor der Haustür“ wie eben auch im Wuhletal und in der Hönower Weiherkette an. Dazu gehören auch die Kräuterwanderungen mit Frau Troeder. Doch den Begriff „Kräuter“ sollte man hier nicht so eng sehen, auch die alte Steinwechel am Wegesrand, die Bestimmung verschiedener Ahornarten, die stark zur Bastardierung neigenden Birken, die Suche nach den Fruchtständen des Vorjahres an der Schwarzerle am Weidenpfuhl, die alte Ulme am „Hohlweg“, eine umstrittene „Märchenwiese“ mit standortfremden Nadelgehölzen waren Themen des zweistündigen Rundganges.



Am Weidenpfuhl

Foto: Frank Beiersdorff

Vor allem erfuhr man etwas über die Verwendung der verschiedenen Kräuter, Gräser und Früchte – vor allem für das eine oder andere Wehwehchen, als Alternative zu An-

tibiotika und Co. So galt der Beifuß als einst als „Mutter“ aller Heilkräuter. Der Saft des Breitwegerich über eine Wunde geträufelt, fördert deren Heilung. Und noch manch einer glaubt, dass Ebereschen (oder Vogelbeeren) giftig sind, der Saft gehört zu den an Vitamin C reichsten, Blätter und Blüten zu Tees verarbeitet, helfen z.B. gegen Verdauungsbeschwerden, Rheuma und Gicht. Oder man fühlte sich an anderer Stelle an die Kindheit erinnert, wenn es zum Beispiel um die süß-sauren Früchte des Weißdorns ging, dessen Blätter sich inzwischen allerdings herbstlich verfärben.

Am Schluss des Spazierganges gab es Limonade, Tee und Kräuterquark, unter Verwendung der verschiedenen „Produkte“ vom Rande der Weiherkette. Und mancher Gartenbesitzer unter den Teilnehmer/innen staunte darüber, wie man so manches lästige „Unkraut“ (z.B. Giersch) verwenden kann. Im nächsten Jahr soll die Reihe „Die Natur vor unserer Haustür“ mit einem neuen Konzept fortgesetzt werden. Wir werden rechtzeitig darüber informieren.

Frank Beiersdorff

2. Berliner Landesfrauenkonferenz der LINKEN: Analytisch, praxisnah und engagiert

Seit der Auseinandersetzung mit Frigga Haugs Thesen in „4in1-Perspektive“ steht in unserer Partei das Thema „Arbeit“ im Zentrum intensiver frauenpolitischer Debatten. Dies wirkt sich inzwischen auch spürbar auf viele Bündniszusammenhänge aus.

„Markt – Frauen – Arbeit“ war der Titel der 2. Landesfrauenkonferenz am 29. September in der Alten Feuerwache in Kreuzberg und es ging um die Frage, welche Wünsche und Chancen, Entwicklungen und politischen Herausforderungen es in Bezug auf „Gute Arbeit und Ausbildung“ in Berlin gibt.

Prof. Hildegard Nickel von der Humboldt-Universität beschrieb in ihrem einführenden Beitrag Folgen und Widersprüche des Strukturwandels in der Arbeitswelt hin zu Dienstleistungs- und Wissensarbeit. Unter den Bedingungen der Durchsetzung der Marktlogik in allen gesellschaftlichen Bereichen nähmen in diesem Prozess Flexibilisierung und Prekariisierung der Arbeitsverhältnisse in allen Branchen zu, besonders aber in den von Frauen ausgeübten Berufen in den traditionellen sozialen Dienstleistungen sind sie schon jetzt nicht mehr existenzsichernd. Und dort, wo Arbeitskräfte fehlen, werden Niedriglohnjobs zur Bedarfsdeckung eingesetzt, es findet eine Arbeitsumverteilung unter Frauen innerhalb einer Branche statt und Frauen konkurrieren um bezahlte Arbeit.

In die sich anschließende angeregte Diskussion flossen viele Praxiserfahrungen aus Pflege, Kita, Gesundheitswesen und sozialer Ar-

beit ein. Es ging u.a. um den Spagat zwischen „guter Pflege“ und guter, tariflich bezahlter Arbeit der Beschäftigten in der Pflege bei gegebenen Pflegesätzen oder um Probleme des Erzieherinnenmangels in Kitas, wachsende Gruppengrößen und zunehmende Arbeitsbelastung, QuereinsteigerInnen und Qualitätssicherung.

Die Frage, ob der überall wachsende Fachkräftemangel eine positive Wirkung auf Arbeit und Einkommen haben würde, beantwortete Prof. Hildegard Nickel sehr skeptisch. Selbst in sehr starken Industrie-Branchen, wie der Autoindustrie, gäbe es ein Auseinanderdriften von Beschäftigungsformen. Unbedingt richtig seien deshalb die Forderungen der LINKEN nach Arbeitsumverteilung und existenzsichernden Mindestlöhnen. Nötig sei eine solidarische Neuordnung des Arbeitsmarktes unter dem Leitbild „Gute Arbeit, gutes Leben“. Dabei sei die Geschlechtergerechtigkeit die zentrale Frage. Und nötig sei eine gesellschaftliche Diskussion darüber, was gute Arbeit ist, was gutes Leben ist, sowie eine Bündnispolitik, die Prekariisierte integriert.

Ein spannende Landesfrauenkonferenz – eine gute Debatte, die schon am 3. November in Berlin eine Fortsetzung finden wird: „Schneewittchen rechnet ab – Feministische Ökonomie als Perspektive in der Wirtschaftskrise“ heißt eine Frauenkonferenz von attac Berlin in Zusammenarbeit mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Heinrich-Böll-Stiftung.

Bärbel Holzheuer-Rothensteiner

Frauenforum der LINKEN im Bezirk

Das Frauenforum fand wie geplant am 24. September im Linken Treff statt. Neben dem Austausch über aktuelle Themen – Manuela Schmidt und Bärbel Holzheuer-Rothensteiner gaben Grundlagen dazu – wurden auch im Rahmen unseres Projektes „Lebensgeschichten linker Frauen“ zwei Geschichten erzählt.

Beim nächsten Treff am 29. Oktober werden die Ideen der linken Frauen zum Bundestagswahlkampf 2013 im Mittelpunkt der Diskussion stehen. Alle Frauen sind aufgerufen, sich mit ihren Ideen einzubringen.

Aus meiner Sicht sollten wir im Wahlkampf aus unserer internen Gesprächsrunde heraus öffentliche Frauenforen anbieten, die die frauenpolitischen Themen der LINKEN den Bürgerinnen unseres Bezirkes transparent machen.

Der Begriff „Frauenforum“ ohne weitere Erläuterungen weckt eine Erwartungshaltung nach öffentlicher Diskussion – über den Kreis der Mitglieder der LINKEN hinaus – dieser sollten wir besonders im Wahlkampf verpflichtet sein.

Also vormerken:

29. Oktober, 18.00 Uhr Linker Treff, Henry-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin nächstes „Frauenforum“.

Erika Preußner

BVV-Sitzung befasste sich mit Personalabbau

Linke Initiativen für bessere Sprachförderung, ausreichend Horträume und ein bezirkliches Wohnungsbaukonzept beschlossen

Wie auch in den vergangenen Sitzungen stand der von SPD und CDU beschlossene Personalabbau in den Berliner Bezirken im Mittelpunkt der Debatten. Marzahn-Hellersdorf soll nach Auffassung der Landeskoalition 175 Stellen streichen. Die Linksfraktion stellte klar, dass dies ohne den Wegfall bürgernaher Dienstleistungen wohl kaum zu schaffen sei. Schon jetzt ist der Kinderschutz nicht mehr gewährleistet, und das Bürgeramt in Mahlsdorf wur-



Beim Protest „Umfairteilen“ in Berlin.
Foto: B. Walter

de „vorübergehend“ geschlossen. Ein Antrag, die Bürgerämter zu erhalten, wurde von SPD und CDU abgelehnt. Nach Auffassung unserer Fraktion müssen in einigen Fachbereichen des Bezirksamtes eher zusätzliche MitarbeiterInnen eingestellt werden. Ob beim Kinderschutz oder dem Bauamt, dem Sozialamt oder den Bürgerämtern – das Mögliche ist erreicht. Weitere Einsparungen gehen zu Lasten der BürgerInnen und der bezirklichen Selbstverwaltung. Das von SPD und CDU mehrheitlich besetzte Bezirksamt plant die Einsparvorgaben des Senats widerspruchlos durch die Übertragung der letzten bezirklichen Jugendeinrichtungen und die Gründung eines Eigenbetriebes zur Grünflächenpflege umzusetzen. Letzteres ist jedoch als Abwicklungsgesellschaft geplant, die den einzigen Zweck verfolgt, nach Ausscheiden der MitarbeiterInnen in den Ruhestand die Aufgaben der Grünflächenpflege an private Firmen zu übergeben. Die Linksfraktion wird sich dieser politischen Geisterfahrt entgegenstellen. Im Weiteren wurden zwei bildungspolitische Anträge der LINKEN für eine bessere Sprachförderung von Kindern mit geringen oder ohne Deutschkenntnisse und für eine ausreichende Ausstattung an Horträumen beschlossen. Ein überfraktioneller Antrag für ein bezirkliches Wohnungsbaukonzept wurde ebenfalls verabschiedet.

Bjoern Tielebein

Mehr Informationen lesen unter www.linksfraktion-marzahn-hellersdorf.de

Implantation eines Kropfes

Finanzsenator Nußbaum preist den „Rückkauf von RWE-Anteilen“ als „Schritt zur Rekommunalisierung der BERLINER WASSERBETRIEBE“ an. Keines von beiden wird mit dem „Unternehmenskaufvertrag“ betitelten Vertrag vom 18.07.2012 erreicht. Erworben werden 50 % der Anteile der privatrechtlich konstituierten RVB BERLINWASSER BETEILIGUNGS GmbH, deren gemeinsame Inhaber RWE und VEOLIA sind. Der Juniorpartner der VEOLIA wird ausgekauft und durch eine privatrechtlich konstituierte Erwerbs- und Finanzierungsverwaltungsgesellschaft, die BWB REKOM BERLIN GmbH & Co. KG, ersetzt. Diese Verwaltungsgesellschaft „in der dritten Reihe“ hinter der BERLINWASSER HOLDING AG, der „öffentlich-privaten Partnerschaft“ (ÖPP), soll durch das weiterlaufende „Shareholders' Agreement“ mit VEOLIA an den Geschäftszweck der Privaten, die „Erwirtschaftung“ hoher Profite, gebunden bleiben. SenFin ist in ihr nur zahlender Kommanditist. Dem „verkündeten Geschäftszweck Rekommunalisierung“ entspräche die vollständige Liquidierung der RVB GmbH. Dann ginge es um den 24,95%-Anteil an der BERLINWASSER HOLDING AG, der zusammen mit den dem LAND BERLIN verbliebenen 50,10 % eine herrschende 74,05%-Mehrheit auf der „Herrschaftsebene“ ergeben würde.

Der mit rund 654 Mio € bezifferte Kaufpreis ist nicht identisch mit den Gesamtkosten des faulen Hütchenspiels. Hinzu kommen die

Zinslast des Kredits der INVESTITIONSBANK BERLIN (IBB) mit 30-jähriger Laufzeit, die Bereitstellungsgebühr für diesen Kredit an die Bank und das „Salär“ der Gesellschafter der Verwaltungsgesellschaft bis 2043. Damit kommt ein Betrag zustande, der deutlich über einer Milliarde Euro liegen wird. Das Ganze soll „haushaltneutral“ aus den Gewinnen der BWB bezahlt werden. Die fallen also nicht weg, sondern sind für alle Anteilseigner nicht nur bis 2028 (bisheriges ÖPP-Konstrukt) sondern bis 2043 (Neo-ÖPP-Konstrukt) zu „erwirtschaften“ und zu zahlen. Der Gewinn-Anteil auf die hälftig erworbenen RVB-GmbH-Anteile würde (nach den bisher möglichen Kalkulationen) erst im Jahre 2038 ausreichen, um die Gesamtkosten des Nußbaum-Deals zu decken.

Damit die Gewinne weiterhin „sprudeln“, kann der Wasserpreis nicht gesenkt werden, es sei denn auf Kosten schlechteren Services und Lohnverzichts. Die hinzugewonnenen Gewinne sprudeln nicht in die Haushaltskasse des LANDES BERLIN, sondern in die Kasse der IBB und generieren dort neue Darlehen an Wirtschaftsunternehmen, die auch „Anlegerfonds“ sein können. Aber das ist ein anderes Kapitel.

Wenn es an die Wurzel, die Herrschaft über das Wasser, gehen soll, dann ist eine andere Geschäfts konstruktion erforderlich als die Implantation eines das Wassergeld der Bürger verdauenden Kropfes.

Dr. Hermann Wollner

Kurz informiert: Aus dem Bezirksvorstand

Gäbe es in der politischen Arbeit in unserem Bezirk und auch in der Arbeit des Bezirksvorstandes eine „Zahl des Monats“, so wäre das im Moment vermutlich die 175. Nach den Vorgaben des Senats sollen 175 „Vollzeitäquivalente“ im Personalbestand des Bezirksamtes Marzahn-Hellersdorf bis 2016 „abgebaut“ werden. Das heißt: 175 Stellen sollen gestrichen werden, die zu bearbeitenden Aufgaben bleiben aber natürlich bestehen. Die Zahl 175 beruht nun nicht etwa auf einer Analyse des Personalbestandes oder des Umfangs der im Bezirk anfallenden Aufgaben, auch nicht auf Überlegungen zur finanziellen Effektivität der Verwaltungsarbeit (Kosten-Leistungs-Rechnung), sondern ganz formal auf der Einwohnerzahl der Bezirke. Und die Senatsverwaltung hat sich noch ein Verfahren ausgedacht, wie die Bezirke an dieser Aktion „freiwillig“ und „demokratisch“ mitwirken können: Bis zum 31.10. kann der Bezirk mit der Senatsverwaltung eine Vereinbarung zum Stellenabbau abschließen. Er kann, er muss nicht – wenn er es aber nicht tut, werden einfach die nächsten 175 frei werden Stellen, welche das auch sein mögen, blockiert. Das sieht doch sehr nach politischer Erpressung aus. Gegen diesen Vorgang hat sich DIE LINKE zu

Wehr gesetzt, und oberflächlich betrachtet scheinen sich die Parteien im Bezirk in dieser Frage sogar einig zu sein. Auch SPD und CDU – von deren Koalition in der Landesregierung kommen ja die Vorgaben – halten diese Stellenkürzung für unzumutbar und meinen, dass damit die Arbeitsfähigkeit der Bezirksverwaltung ernsthaft in Frage gestellt wird. Aber das ist eben nur auf den ersten Blick so. Bei der bezirklichen „Koalition“ siegt doch wohl letztlich die Unterordnung unter die rot-schwarze Landesregierung. Es wird – natürlich, möchte man sagen – an einer Vereinbarung mit dem Senat zur Stellenkürzung gearbeitet. Vorliegende Vorschläge zur Verbesserung der aktuellen Situation, etwa in den Bürgerämtern, werden mit dem Hinweis abgelehnt; man brauche zunächst ein geschlossenes Personalkonzept. Und das führt dann irgendwie ins Kuriose. Ein solches Konzept existiert bisher in sehr vagen und umstrittenen Konturen. Und die Personalplanung gehört zum Haushaltsrecht und damit zur Kernkompetenz der Bezirksverordnetenversammlung. Da wird die Zeit wohl sehr knapp. Auf großen Konferenzen wird dann mitunter symbolisch die Uhr angehalten, um zu einer Lösung zu kommen, aber mit Symbolen ist es hier wohl nicht getan.

Bernd Preußer

Kommunalpolitik findet unter schwierigsten Bedingungen statt

Auf der jüngsten Hauptversammlung im September ging der Blick schon weit nach vorn, hin zum Wahlkampf 2013. Es ist ganz klar: Auch die Kommunalpolitikerinnen in Bezirk - Dagmar Pohle und ich als Stadträtinnen - werden im Wahlkampf 2013 einen aktiven Beitrag leisten. Unser Ziel ist es, dass wir die Kernthemen linker Politik vor Ort verdeutlichen, die Bedingungen des politischen Handelns aufzeigen und unerträgliche Auswirkungen der Bundes- und Landespolitik auf die Bezirke anprangern und bekämpfen.

Die Ostbezirke, auch Marzahn-Hellersdorf, sind in einer extrem schwierigen Lage.

Die Pläne der rot-schwarzen Landesregierung setzen die Bezirke unter Druck und bestrafen gerade jene, die mit guter Haushaltswirtschaft bewiesen haben, dass sie Effizienz und Angebote für den Bezirk nach bestem Können verbinden. Dass wir jetzt bis zum 31. Oktober einen Abbauplan für 175 „Vollzeitäquivalente“ darstellen müssen, ist eine Kampfansage an die Bürgerinnen und Bürger. Wer sich wie die CDU-SPD-Koalition auf Landesebene bei der Personalplanung bis 2016 nicht an der künftigen Entwicklung des Bedarfs orientiert, sondern an einer abstrakten Größe - „wie waren diese Positionen zum 31.12.2011 besetzt“ -, der ignoriert die von den meisten Politikern selbst immer wieder verkündete Lebendigkeit der Berliner Metropole (in die viele Menschen ziehen und eben auch mehr Leistungen erwarten) ebenso wie die Probleme derer, die aufgrund dieser Prozesse dann auch ausgegrenzt werden und die Leistungen der Gemeinschaft benötigen. Dieser Personalabbau, der Sand ins Getriebe der sowieso auf dem Zahnfleisch kriechenden Bezirksverwaltungen bringt, treibt vor allem jene an den Rand der Erschöpfung, die die Arbeit machen.

Wichtig in der politischen Arbeit im Bezirk:

1. Politische Verantwortung wahrnehmen

Wir sind eine der drei Parteien in politischer Verantwortung.

Es hat eine Weile gebraucht, bis die Enttäuschung der Wahlniederlage und die personellen Konsequenzen daraus von allen verarbeitet und verkräftet worden sind - wir haben die Lage gemeinsam mit dem Bezirksvorstand und der Fraktion analysiert: Die Situation ist schwierig, es gibt eine klare Ausgrenzungsansage, aber mit Blick auf die Debatten und Reaktionen auch auf die Verweigerung der Koalition zum Start

des Freizeithauses Balzerplatz hat sich auch die Beschreibung unserer Situation klarer gezeigt.

Wir sind die Mehrheitsfraktion ohne Mehrheit und müssen in hohem Maße darum kämpfen, dass wir die guten Ideen, Projekte auch im politischen Raum platziert bekommen, dafür Mehrheiten finden und Akzeptanz.

Ungeachtet dessen erwarten die Bürgerinnen keine parteipolitischen Grabenkämpfe, sondern dass wir als Partei in Verantwortung uns für den Bezirk einsetzen und Lösungen entwickeln.

2. Kommunalpolitik im Bezirk muss handlungsfähig sein.

Das heißt für eine linke Politik vor Ort, zu bewahren, was uns wert und wichtig ist: Infrastruktur, Angebote, Spielräume. Wir müssen erstreiten, dass jeder Veränderungsprozess auch gemeinsam mit uns debattiert wird, wir sind kooperationsbereit, als Personen wie auch als Fraktion - hier müssen wir gemeinsam den Handlungsspielraum der Bezirkspolitik verteidigen.

3. Linke Themen müssen präsent sein in den politischen Debatten des Bezirks - und darüber hinaus.

Linke Politik ist in der Pflicht, nicht nur das Gesteirne zu erinnern und das Heute zu beschreiben, sondern sie muss auch Strukturen und Visionen entwickeln und das mit aktiven Bürgerinnen und Bürgern zusammen. Hier sind die bestehenden Formen der Dialogs und der Debatten aus meiner Sicht nicht ausreichend.

Konkret für meinen Verantwortungsbereich heißt das: Wir müssen die Zukunft einer linken Jugend- und Familienpolitik beschreiben und mit den Akteuren gemeinsam debattieren. Wichtig ist allen, dass es keinen Abbau bei den Begegnungsorten und Treffpunkten für junge Menschen gibt. Was aber heißt das konkret, wie können in Zeiten extrem knapper Mittel

und bei auf ein bis zwei Mitarbeiter reduzierter Personalausstattung diese Einrichtungen so betrieben werden, dass wir auch wirklich die Familien erreichen? Wir müssen die Konturen einer linken Kulturpolitik verdeutlichen und mit den Bürgerinnen und Bürger darüber in den Dialog kommen. Was bedeutet es heute, Orte des Austauschs, der Begegnung, der Kunst zu entwickeln. Wie wichtig sind diese Orte in Zeiten der digitalen Kommunikation? Wie kann es gelingen, über die Bibliotheken hinaus Leseorte zu schaffen, die von Schulbibliotheken bis zu Bücherorten im Einkaufszentrum reichen?

4. Wir brauchen Aktionen vor Ort - beispielhaft, provokativ, mit klarer Aussage und guter Öffentlichkeitswirkung.

Die Wahrnehmung der politischen Arbeit erfolgt im Öffentlichen Raum, auf den Plätzen, im Internet. Sie geschieht dann, wenn Ziele und Symbole der Aktionen klar und deutlich kommuniziert werden können. Die Aufgabe der nächsten Zeit wird es sein, für eben diese Präsenz geeignete Formen zu finden und auch Genossinnen und Genossen zu begeistern, da mit vor Ort zu sein.

Juliane Witt

Bezirksstadträtin für Jugend und Familie, Weiterbildung und Kultur

Freizeithaus Balzerplatz

Inzwischen ist das Freizeithaus Balzerplatz eine gute Adresse. Viele Biesdorfer nutzten am letzten Samstag im September, sich direkt in der Köpenicker Straße ein Bild vom Haus und den Angeboten zu machen. Bis Mitternacht war Licht und es wurde eine Reihe von Themen debattiert - angefangen von der Frage, wer wann das Haus nutzen kann und vor allem: wie die Bedürfnisse der



Juliane Witt in Aktion beim Stecken von Blumenzwiebeln am Balzerplatz - auch das gehört dazu!
Foto: privat

Bürgerinnen und Bürger eingebracht werden können. Hier waren auch Julia Witt und Björn Tielebein am Nachmittag am Platz, um einige Tulpenzwiebeln zu pflanzen. Denn wenn es auch noch eine Weile dauern wird, bis der neuen Träger dann den Schlüssel erhält, gibt es mit dem jetzigen Leiter Holger Balke einen guten Koordinator vor Ort, um die Themen, Veranstaltungen und auch privaten Feiern zu koordinieren. Adresse im Netz:
www.balzerplatz.wordpress.com
Email: balzerplatz@web.de

Aktionstag Kinderrechte am 1. November



Kinderschutz, Kinderrechte, Familienpolitik - zu all jenen Angeboten für jene Kinder und Jugendliche werde ich in der letzten Zeit verstärkt gefragt. Inzwischen ist allen klar: Wir haben einen Zuzug von Familien in den Bezirk, der fast alle Gebiete betrifft. Die attraktiven Lagen im Siedlungsgebiet rund um den Elsterwerdaer Platz wachsen zu eigenen Stadtteilen heran. Gegenüber dem Kaufpark Eiche entsteht ein überraschendes Einfamilienhaus-Areal - aber auch der Zuzug von Großfamilien, die in der Innenstadt überhaupt keine Wohnung mehr finden, nimmt zu. Eine neue Generation von aktiven

Eltern mischt sich ein und übernimmt - wie der Bezirkselementar-Verantwortung. Diese Eltern sind gut vernetzt, beherrschen die Spielregeln medialer Präsenz - und sind gute Partner, wenn es darum geht, die aktuellen Problemlagen von Kindern und Jugendlichen aufzuzeigen. Zu den wichtigen Unterstützern beim Thema Kinderrechte gehört auch das Eastgate. Hier findet am 1. November der Aktionstag Kinderrechte statt. Eine Reihe von Angeboten, Spielen, Wettbewerben und natürlich auch Beratungsangeboten wird inmitten der Einkaufslandschaft für das Thema sensibilisieren. Alle sind herzlich eingeladen, Angebote sind willkommen, Mitdiskutieren erwünscht. Denn eins ist klar: „Kinderrechte gehen alle an!“

Lesung mit Bini Adamczak:

„gestern morgen“

16.10., 19 Uhr, Peter-Weiss-Bibliothek, Hellersdorfer Promenade 24, 12627 Berlin

Eine Veranstaltung des Gesellschaftspolitischen Forums Marzahn-Hellersdorf im Verein Helle Panke e.V.

Moderation: Kristian Ronneburg

Eintritt: 1,50 Euro

Vorschau:

Diskussionsabend mit Karsten Krampitz und Dietmar Meckel

13.11., 19 Uhr, KulturGut Marzahn, Alt-Marzahn 23, 12685 Berlin

Das Gesellschaftspolitische Forum Marzahn-Hellersdorf lädt ein zur Diskussion, Thema: „Feuer und Flamme - Brennender Protest in der Honecker-/Beschnew-Ära“ - Diskussion mit Karsten Krampitz (Schriftsteller, Historiker) und Dietmar Meckel (Pastor), Moderation: Olaf Michael Ostertag

Eintritt: 1,50 Euro

Durchaus einmalig ...

Am 3. September 2012 wurde der Vertrag „Soziale Stadtteilzentren zur Sicherung von Nachbarschafts- und Gemeinwesenarbeit“ im Bezirk für die Jahre 2012/2013 unterzeichnet. Vertragspartner sind das Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf, der PARITÄTISCHE Wohlfahrtsverband Berlin e.V., die Arbeiterwohlfahrt, Kreisverband Spree-Wuhle e.V. und der CARITASVERBAND für das Erzbistum Berlin e.V. Mit dem Vertrag wird die Arbeit der gegenwärtig acht Stadtteilzentren im Bezirk abgesichert. Sozialstadträtin Dagmar Pohle, die mit Jugendstadträtin Julia Witt für das Bezirksamt unterzeichnete, würdigte das Ereignis. Sie betonte die gute Zusammenarbeit mit den beteiligten Trägern, die die Stadtteilarbeit leisten. Sie verwies darauf, dass es mit dem Vertragszeitraum dann 12 Jahre sind, dass der Bezirk mit einem solchen Vertragswerk wichtige Aufgaben der Nachbarschafts- und Gemeinwesenarbeit ermöglicht. Der Bezirk strebt an, auch für Kaulsdorf, wo es noch kein Stadtteilzentrum gibt, ein solches zu einzurichten.

Dr. Gabriele Schlimper vom PARITÄTISCHEN Wohlfahrtsverband hob hervor, dass diese Art der Zusammenarbeit für Berlin einmalig ist und Schule machen sollte. Frank Petratschek vom CARITASVERBAND fand es wichtig, dass auch der bezirkliche Migrationssozialdienst als wichtige Querschnittsaufgabe in das Vertragswerk einbezogen ist.

Renate Schilling

Dekubitus

**Es geht um Kosten
auf Kosten der Menschen.**

Janina Niemann-Rich
Lyrikerin

Gesellschaftspolitisches Forum Marzahn-Hellersdorf

Plan B - Das rote Projekt für einen sozial-ökologischen Umbau

Wie kann man den Raubbau an der Natur stoppen? Müssen wir unseren Lebensstil grundlegend ändern? Was bedeutet ökologische Gerechtigkeit? Funktioniert grüner Kapitalismus? Wie ist der Wachstumszwang zu überwinden? Seit 1990 werden diese Fragen, die heute ganz oben auf der politischen Tagesordnung stehen, in der LINKEN unter dem Stichwort „sozial-ökologischer Umbau“ diskutiert. Nach den Bundestagswahlen 2009 wurde der Versuch unternommen, die unterschiedlichen fachpolitischen Diskussionsstränge innerhalb der Linksfraktion im Deutschen Bundestag zusammenzuführen, um Antworten auf diese drängenden Fragen zu finden. Herausgekommen ist der sogenannte „Plan B“, in dem die Linksfraktion konkrete Vorschläge für den sozial-ökologischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft in den Bereichen Energie, Verkehr, Industrie und Landwirtschaft formuliert. Grundzüge und Details dieses neuen Konzepts stellte Dr. Hans Thie, Referent für Wirtschaftspolitik für die Linksfraktion im Bundestag und Ko-Autor des „Plan B“, am 11.9.2012 im KulturGut Marzahn vor. Ausgehend von der Erkenntnis, dass die Senken voll und die Quellen erschöpft sind, stellen die AutorInnen des „Plan B“ die Frage danach, wie diese scheinbar aussichtslose Situation überwunden und eine Umkehr der



Gesellschaft erfolgen kann. Da weder ein „Green New Deal“, der lediglich eine „Revolution der Technik“ anstrebt, ohne Gesellschaft und Wirtschaft verändern zu wollen noch moralische Appelle und Zwangsmaßnahmen erfolgversprechend sind, verbindet der „Plan B“ Ökologie, Demokratie und das Soziale zu einem Dreiklang, denn „Wirtschaft und Gesellschaft, Macht- und Eigentumsverhältnisse dürfen nicht bleiben, wie sie sind, wenn der notwendige ökologische Umbau möglich werden soll“. Die AutorInnen haben ein umfangreiches Papier zum sozial-ökologischen Umbau herausgebracht, das auf der Website www.plan-b-mitmachen.de kostenfrei heruntergeladen werden kann. Jedoch stellt dieses Papier nur den Anfang einer Debatte über den Wandel von Wirtschaft und Gesellschaft dar, denn ein solcher Wandel kann ohne die Beteiligung der Menschen nicht funktionieren. Deshalb laden

die AutorInnen auf ihrer Website auch zur aktiven Teilnahme am Diskussionsprozess ein. Am 26./27.10.2012 wird die Debatte um den „Plan B“ auf einer Konferenz auf dem Pfefferberg-Gelände (Schönhauser Allee 176, U-Bhf. Senefelderplatz) ausgewertet und im Rahmen von Workshops werden Vorschläge für die (außer)parlamentarische Arbeit entwickelt und diskutiert. Die Konferenz steht allen Interessierten offen.

Kristian Ronneburg

Aus den Siedlungsgebieten:

Trotz Stellenkürzungsplänen des SPD-CDU-Senates: Für den Erhalt der bezirklichen Bürgerämter!

Während sich die BVV einerseits mit der Evaluation und weiteren Umsetzung des Konzeptes zur Weiterführung des Bürgerhaushaltes und zur Weiterentwicklung des Konzeptes einer Bürgerkommune befasst, werden andererseits durch die Kürzungspolitik des SPD-CDU Senates die bürgernahen Dienste gefährdet. So beabsichtigt der zuständige Bezirksstadtrat Richter (SPD), das Bürgeramt in Mahlsdorf ab 1.10.2012 vorübergehend zu schließen. Die Fraktion DIE LINKE hat dagegen in der Bezirksverordnetenversammlung den Antrag gestellt, alle vier Bürgerämter im Bezirk zu erhalten und weiterzuentwickeln. Eine von SPD und CDU angestrebte Entwicklung hin zu nur noch zwei Bürgerzentren lehnen wir ab. Dabei wird die demografische Entwicklung in Kaulsdorf, Mahlsdorf, Biesdorf und Friedrichsfelde-Ost völlig unberücksichtigt gelassen. Die Tendenz der von SPD, CDU und teilweise den Grünen mitgetragenen politischen

Ansätze widerspricht dem Ansatz nach Herstellung von Transparenz und der engen Bindungen von Verwaltungen zum Bürger. Das Bürgeramt in Mahlsdorf war besonders für die Bürgerinnen und Bürger in Kaulsdorf und Mahlsdorf eine wichtige Anlaufstation zur Regelung ihrer persönlichen Angelegenheiten. Durch die geplanten Stellenkürzungen des SPD-CDU-Senates wird jetzt auch in Mahlsdorf die bürgernahe Verwaltung aufgegeben. Bisher berichtet Herr Richter über eine „zeitweilige Schließung“ des Mahlsdorfer Bürgeramtes. Wie lange diese Schließung dauert und unter welchen Optionen das Bürgeramt wieder eröffnet werden soll, bleibt ungewiss. Die Linksfraktion wird sich im Interesse der Bewohnerinnen und Bewohner der Siedlungsgebiete auch weiterhin für den Erhalt und die Weiterentwicklung des Standortes einsetzen.

Klaus-Jürgen Dahler
Fraktionsvorsitzender DIE LINKE

Konferenz „Netz für alle“ über die Potenziale des Internet

Unter dem Motto „Kontrolle und Geschäft versus Gleichheit und Freiheit im Netz“ veranstalteten die Linksfraktion im Deutschen Bundestag und die Rosa-Luxemburg-Stiftung am 15. September 2012 zum zweiten Mal die netzpolitische Konferenz „Netz für alle“.

In sechs Gesprächsrunden diskutierten TeilnehmerInnen aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft mit Netz-AktivistInnen über den Kampf um ein freies Internet, den Einfluss der Big Player wie Facebook und Google auf die Freiheit im Netz, Steuerungstechnologien zur Kontrolle des Internets, neue datenbasierte Darstellungen von Macht- und Eigentumsverhältnissen, die demokratischen Potenziale des Internets und die Zukunft von Datenschutz und Bürgerrechten angesichts neuer Strategien der vernetzten Überwachung.

In seiner Eröffnungsrede forderte der Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Deutschen

Bundestag, Dr. Gregor Gysi, die TeilnehmerInnen der Konferenz dazu auf, über das Entstehen neuer Herrschaftsstrukturen im Internet nachzudenken. Felix Stalder knüpfte in seinem Vortrag an diesen Gedanken an. Er verwies auf die Macht, die Unternehmen wie Google und Facebook mittlerweile im Netz besitzen und wie sie es schaffen, die Kommunikation im Internet marktwirtschaftlichen Interessen entsprechend vorzustrukturieren, um die BenutzerInnen in ihr Geschäftsmodell zu pressen.

Darüber hinaus erzeugen diese Big Player Wissensmonopole, indem sie Einfluss darauf nehmen, welche Informationen an die NutzerInnen gelangen. Eine Absage erteilte Stalder der sogenannten Post-Privacy-Bewegung, die sich angesichts der Schwierigkeit, im digitalen Zeitalter Datenschutz und Privatsphäre (wohlgemerkt ein Menschenrecht!) zu gewährleisten, für Transparenz im Großen wie im Kleinen ausspricht.

Die netzpolitische Sprecherin der LINKEN im Bundestag, Halina Wawzyniak, kündigte im Rahmen der Konferenz an, dass auch DIE LINKE die Potenziale des Internets zur demokratischen Willens- und Meinungsbildung nutzen und das Bundestagswahlprogramm mit einer digitalen Beteiligungsmöglichkeit erstellen will.

Es bleibt angesichts der Herausforderungen, die das Netz als Medium an die Gesellschaft stellt, und der vielen Chancen, die es gleichzeitig bietet, zu hoffen, dass DIE LINKE ihren netzpolitischen Gesprächsfaden nicht abreißen lässt und sich angesichts künftiger wegweisender Debatten um digitale Demokratie, Gemeingüter, Datenschutz, Privatsphäre und der freien Verbreitung von Wissen auch als Partei der Bürgerrechte weiter profiliert.

Kristian Ronneburg

Aktionswoche „Bildung ohne Bundeswehr“ auch in Marzahn-Hellersdorf

Vom 24. bis 29. September 2012 fand die im Rahmen des Bündnisses „Schule ohne Militär“ veranstaltete Aktionswoche „Bildung ohne Bundeswehr“ statt. Auch in Marzahn-Hellersdorf wurde Informationsmaterial an Schulen verteilt. Die Linksjugend war vor Ort, kam mit interessierten Jugendlichen ins Gespräch und konnte mit Flyern und Aufklebern für eine Bildung ohne Militär werben.

Seitdem die Wehrpflicht für junge Erwachsene ausgesetzt ist, geht die Bundeswehr gezielt an Schulen, um dort für sich als normalen Arbeitgeber Werbung zu machen. Dabei ist die Bundeswehr alles andere als ein normaler Arbeitgeber. Dass es auch passieren kann, dass Soldatinnen und Soldaten in Kampfeinsätzen verwundet, verstümmelt oder getötet werden können, lässt die Bundeswehr dabei gerne außen vor.

Es werden das Abenteuer und die Kameradschaft angepriesen, Jugendliche werden mit der Aussicht auf einen Studienplatz oder die Fahrerlaubnis gelockt. Erst kürzlich fand sich auf der Internetseite des Jugendmagazins „Bravo“ ein Werbevideo, in dem die Bundeswehr mit „krassen Wasserwettkämpfen“ und

„schwindelerregend hohen Klippen“ zum Abseilen für ihre „Adventure Camp“ warb.

Das Bündnis „Schule ohne Militär“ betrachtet das frühzeitige Werben der Bundeswehr bei Kindern und Jugendlichen als Werben um Akzeptanz für eine Militarisierung von Politik

und Gesellschaft sowie als Kriegserziehung. Durch die Präsenz von Militär an Schulen sollen die Kinder und Eltern an die Normalität des Krieges gewöhnt werden. Dem stellen wir und entschieden entgegen!

Christian Schwinge



Der Infostand der Linksjugend am 24. September 2012 am Melanchthon-Gymnasium

Politische Bildung

» **16.10., 19 Uhr**, Peter-Weiss-Bibliothek, Hellersdorfer Promenade 24, 12627 Berlin, Lesung mit Bini Adamczak: „gestern morgen“, Moderation: Kristian Ronneburg, Eintritt 1,50 Euro (siehe auch S. 6)

Politischer Frühschoppen im Schloss

» **28.10., 10.30 -13.00 Uhr**, Schloss Biesdorf, Kaminzimmer, Alt-Biesdorf 55, 12683 Berlin, diskutieren Sie mit Petra Pau, Mitglied des Bundestages, Dagmar Pohle, stellv. Bezirksbürgermeisterin von Marzahn-Hellersdorf, und Regina Kittler, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses für den Wahlkreis 4 (Biesdorf/Marzahn-Süd)

Diskussion mit Bernd Riexinger

» **6.11., 18 Uhr**, KulturGut, Alt-Marzahn 23, 12685 Berlin, Diskussion mit dem Vorsitzenden der LINKEN, Bernd Riexinger, über Ziele und Aktivitäten der LINKEN

Treffen im Wahlkreis

» **7.11., 18 Uhr**, Theater am Park, Frankenholzer Weg 4, 12683 Berlin, **Treffen aller im Wahlkreis 4** (Biesdorf/teilw. Marzahn-Süd) wohnenden Mitglieder der LINKEN, mit Regina Kittler (MdA)

Hauptversammlung beschloss und wählte ...

... am 22.9. die Delegierten für den nächsten Landesparteitag der LINKEN. Berlin: Martina Beyer, Klaus-Jürgen Dahler, Zoe Dahler, Leonore Held, Lutz Henske, Bärbel Holzheuer-Rothensteiner, Regina Kittler, Hassan Metwally, Bernd Ostermann, Petra Pau, Dagmar Pohle, Erika Preußner, Eberhard Roloff, Manuela Schmidt, Hans-Peter Schneider, Christian Schwinge, Norbert Seichter, Björn Tielebein, Ersatzdelegierte: Margrit Barth, Kerstin Trögel, Juliane Witt. Die 1. Tagung des 4. Landesparteitages findet am 20./21.10. jeweils ab 10 Uhr im Ramada-Hotel, Karl-Liebknecht-Straße 32, 10178 Berlin statt.

Mit großer Mehrheit beschossen wurde u.a. ein Antrag des Bezirksvorstandes der LINKEN. Marzahn-Hellersdorf, der sich mit den politischen Rahmenbedingungen der Bundestagswahl für Marzahn-Hellersdorf, unseren Wahl-Zielen im Bezirk und den erforderlichen organisatorischen Leitlinien beschäftigt. Das und mehr nachzulesen auch unter:

http://www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de/partei/hauptversammlung/3_hauptversammlung/3_tagung/
bzw. mit nebenstehendem QR-Code:



Hinten links

Stahlhelm, Stiefel, Sturmgewehr

Die Bundeswehr wurde zur „Freiwilligen-Armee“ – NATO-Standard. Ein paar Umstrukturierungsprobleme müssen noch „en passant“ gelöst werden. Primär – nicht erst seit der Eurokrise – die Finanzierung. Die Grundausstattung eines modernen Soldaten kostet gut 15.000 EUR. Für Sold und Ausbildung etc. kommen jährlich rund 90.000 EUR hinzu.

Vieler Millionen bedarf die Anschaffung / Unterhaltung der für den schnellen Krieg vorgesehenen High-Tech-Systeme wie Airbus A 400 M Atlas, Eurofighter „Typhoon“, Eurocopter NH 90 und „Tiger“ sowie der Aufklärungsdrohnen „Eurohawk“ und anderer, solcher wie der „Predator“.

Frage

Inwiefern verdient die „Predator“ mit ihren 2 Hellfire-Raketen noch den Name Drohne, wo ursprünglich (zoologisch) die männlichen Bienen über keinen Giftstachel verfügen?

R. Rüdiger

Bezirksvorstand

» **6.11., 19.30 Uhr**, KulturGut, **20.11., 19.30 Uhr**, Linker Treff, Henny-Porten-Str. 10-12, 12627 Berlin, Beratungen des Bezirksvorstandes, weitere Termine unter www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de/politik/termine/

Basisgruppensprecher-Beratungen

» **1.11., 19.30 Uhr** (BO Hellersdorf) Henny-Porten-Str. 10-12, 12627
» **7.11., 19.30 Uhr** (BO Marzahn) Kieztreff interkulturell, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

Bürgerversammlung

» **31.10., 18 Uhr**, Bildungsmarkt Vulkan, Marzahner Chaussee 165, 12681 Berlin, mit **Regina Kittler** (MdA) und **Petra Pau** (MdB)

Frauenforum

» **29.10., 18.00 Uhr**, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, alle Genossinnen und Sympathisantinnen sind herzlich eingeladen

Sprechstunden

» **15.10., 17 -18 Uhr**, **Dagmar Pohle** (Stellv. Bezirksbürgermeisterin) und **Regina Kittler** (MdA), Stadtteilzentrum Marzahn-Süd, Marchwitzastraße 24 - 26, 12681 Berlin
» **15.10., 17 Uhr**, **Dr. Gabriele Hiller** (MdA), Haus Anna landsberger, Prötzeler Ring 13, 12685 Berlin
» **16.10., 19 - 20.30 Uhr**, **Wolfgang Brauer** (MdA) und **Petra Wermke** (BVV), Nachbarschaftshaus „Kiek in“, Rosenbecker Straße 25 - 27, 12689 Berlin
» **5.11., 17 Uhr**, **Dr. Manuela Schmidt** (MdA), Stadtteilzentrum, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin
» **14.11., 16 - 18 Uhr**, **Petra Pau** (MdB), Wahlkreisbüro Henny-Porten-Str. 10-12, 12627 Berlin, telefon. Anmeldung 030 99289380

» **jeden Donnerstag, 10 - 13 Uhr**, **Klaus-Jürgen Dahler**, BVV-Fraktionsvorsitzender der LINKEN, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, für soziale Akteure und Hilfe für Arbeitslose

Siehe auch: www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de/politik/termine/

BVV-Fraktion

» **Sprechstunde der Fraktion DIE LINKE** im früheren Marzahner Rathaus, Helene-Weigel-Platz 8 (Raum 312), 12681 Berlin: Mo 16 - 19 Uhr, Di 10 - 18 Uhr, Mi 14 - 18 Uhr, Do 14 - 18 Uhr, Telefon 54431890

Geschäftsstelle und Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12
(fon: 54 12 130/9953508 - fax: 9990 156 1)

Öffnungszeiten:

Montag	13 - 17 Uhr	Achtung:
Dienstag:	10 - 17 Uhr	In der Woche vom
Donnerstag:	10 - 18 Uhr	15.10. bis 19.10. ist
Freitag:	10 - 13 Uhr	nur am Dienstag und
(mittwochs geschlossen)		Donnerstag geöffnet.

Impressum **Marzahn-Hellersdorf links**

Herausgeber: DIE LINKE. Berlin. V.i.S.d.P.: Yvette Rami. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion wieder. Veröffentlichungen unter „Post an uns“ (Leserzuschriften) sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wahrender Kürzungen von Beiträgen vor.

Layout: Yvette Rami

Anschrift der Redaktion: Henny-Porten-Str. 10-12, 12627 Berlin
fon: 030 5412130, fax: 030 99901561.

Internet: www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de

E-Mail: bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Redaktionsschluss: 08.10.2012. Auslieferung ab: 10.10.2012. **Druck:** Eigendruck. „**Marzahn-Hellersdorf links**“ wird aus Spenden seiner Leserinnen und Leser finanziert. Empfehlung: 35 Euro-Cent. Die nächsten Ausgaben erscheinen am 01.11. und 05.12.2012.